

# Kontroverse um Standortförderung

Das revidierte Baselbieter Wirtschaftsförderungsgesetz erhält keine guten Noten

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Thomas Weber wird nochmals über die Bücher gehen müssen: Das Resultat der Vernehmlassung zur Teilrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes dürfte beim SVP-Magistraten für Ernüchterung sorgen. Von links bis rechts hagelt es Kritik. Die SP lehnt die Teilrevision ab, die FDP hält sie für «unbrauchbar». Klar ist vor allem eines: Der Wirtschaftsförderungsfonds wird kaum, wie vorgeschlagen, aufgehoben werden können.

Die Standortförderung des Kantons Baselland ist seit Anfang 2016 Teil der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD). Geleitet wird sie von Standortförderer Thomas Kübler. Sie hat die direktionsübergreifende Wirtschaftsoffensive abgelöst, die in den Jahren 2013 bis 2015 mit wenig Erfolg versucht hat, der Baselbieter Wirtschaftsentwicklung zu neuer Dynamik zu verhelfen. Mit der neuen Standortförderung verfolgt die Baselbieter Regierung das Ziel, dem kantonalen Wirtschaftsraum Impulse zu geben und ihn mit einer permanenten Pflege der Standortfaktoren attraktiv und wettbewerbsfähig zu gestalten oder dies zumindest den politischen Entscheidungsträgern zu empfehlen.



Thomas Kübler.

Zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung gehört auch die jetzt vorgeschlagene Teilrevision des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft, zu der soeben die Vernehmlassungsfrist abgelaufen ist. Gemäss der begleitenden Medienmitteilung enthält das revidierte Gesetz fünf Schwerpunkte: eine Präzisierung der Grundsätze und Ziele, eine Anpassung der Finanzierung, ein Verzicht auf finanzielle Zuschüsse für einzelne Unternehmen, eine Erweiterung des Aufgaben- und Dienstleistungsportfolios der Standortförderung und eine neue Arbeitsgruppe, die als «Sounding Board» den Regierungsrat bei der Standortpolitik beraten kann. «Mit der Anpassung des



**Vorzeigegebiet Bachgraben.** Nicht überall ist die Standortförderung so erfolgreich wie in Allschwil. Foto Florian Bärtschiger

Wirtschaftsförderungsgesetzes werden die Voraussetzungen geschaffen, damit der Regierungsrat auch weiterhin seine Standort- und Wirtschaftspolitik mit gezielten Massnahmen im Rahmen der Standortförderung flankierend unterstützen kann», schreibt die VGD dazu.

## Zu nahe bei der Regierung

Diese Ansicht teilt die Mehrheit der Parteien, die sich am Vernehmlassungsverfahren beteiligt haben, nicht. Im Gegenteil: «Es ist nicht erkennbar, wie für bestehende Unternehmen wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen und neue Ansiedlungen erreicht werden sollen», schreibt etwa die CVP in der von Landrat Marc Scherrer verfassten Vernehmlassungsantwort. Keine Stellungnahme publiziert hat einzig die SVP, der Regierungsrat Weber angehört.

Kritisiert wird von den Parteien, dass die Regierung die Entscheidungskompetenzen an sich binden will. «Die

bisherigen Erfahrungen mit der regierungsrätlichen Standortpolitik sind wahrlich kein Ruhmesblatt», schreibt SP-Präsident Adil Koller dazu lapidar. Ähnlich tönt es bei der FDP, bei der Präsident Paul Hofer und Fraktionschef Rolf Richterich die Stellungnahme unterzeichnet haben: «Wir halten die vorgesehene weitgehende Konzentration der Wirtschaftsförderungsanstrengungen in der Verwaltung nicht für zielführend, sondern im Gegenteil für kontraproduktiv.» Die CVP kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Standortförderung ohne die bisherigen Partner positionieren möchte.

Nur die Grünen und die EVP sehen dies anders: «Die engere Einbindung der Wirtschaftsförderung in die kantonale Verwaltung und die klare Verantwortung der Regierung» werde begrüsst, heisst es in der Stellungnahme der Grünen, unterzeichnet von Präsident Balint Csonos. Die Wirtschaftsförderungskommission, welche die

VGD aufheben möchte, wird jedoch von der Mehrheit verteidigt. Sie sei eine sinnvolle Einrichtung, schreibt die SP, sie integriere die Interessierten und insbesondere die Sozialpartner. Für die FDP ist die Abschaffung der Kommission «gravierend und inakzeptabel», für die CVP «nicht zielführend».

## Für den Förderungsfonds

Überhaupt nicht gut an kommt die geplante neue Finanzierung. Der Wirtschaftsförderungsfonds soll aufgelöst und in das ordentliche Budget überführt werden. «Es besteht die Gefahr, dass diese Gelder inskünftig anderweitig genutzt werden», schreibt die CVP. Auch die SP widersetzt sich einer Auflösung. Dieser müsse besser alimentiert werden, damit er seine Funktion wahrnehmen könne, heisst es. Die FDP schreibt, der Fonds garantiere eine grosse Flexibilität und nötigenfalls zeitnahe Agieren – beispielsweise in Krisensituationen.

## Curlinghalle nach energetischer Sanierung wieder in Betrieb

Heute und morgen wird die Arlesheimer Sportanlage wiedereröffnet



**Wie neu.** Die Gebäudehülle aus den 1970er-Jahren wurde saniert, das Kühlmittel der Eisaufbereitung ausgetauscht, die Lüftung erneuert.

**Arlesheim.** Nach viermonatiger Sanierung wird heute und morgen die Curlinghalle in Arlesheim mit Tagen der offenen Tür wiedereröffnet. Alle Interessierten sind eingeladen, sich von Instruktor auf Glatteis führen und ins «Schach auf dem Eis» einweihen zu lassen. Die acht Rinks auf zwei Ebenen sind jeweils von 11 bis 18 Uhr offen.

Die Modernisierung der 1970 als Schwimm- und Curlinghalle erbauten und später voll auf Curling ausgerichteten Anlage verlief laut Bruno Schallberger, Präsident des Curlingzentrums Basel, plangemäss. Allerdings dürften die prognostizierten Baukosten von 1,8 Millionen Franken wohl um fünf Prozent überschritten werden. Das Gebäude sei nun mal alt und da könne halt immer etwas auftauchen, sagt er.

Im Wesentlichen wurden während der Sommerpause das Dach ersetzt, die Gebäudehülle isoliert, das Kühlmittel der Eisaufbereitung ausgetauscht und die Lüftung für die untere Halle mit drei und die obere mit fünf Rinks erneuert und kombiniert. Der Präsident ist mit dem Ergebnis hoch zufrieden: «Die Halle sieht aus wie neu und wir rechnen mit um 20 000 bis 30 000 Franken tieferen Energiekosten als zuvor.»

Vollständig dürfte das Glück Schallbergers sein, wenn heute und morgen, der eine oder andere Schnuppercurler Gefallen an dem Sport findet und hängen bleibt. Zwar sei sein Center mit insgesamt 26 Vereinen gut belegt, so Schallberger, doch hätten es manche versäumt, für Nachwuchs zu sorgen und seien nun tendenziell überaltert. ch

## Holunderstreit beigelegt

Staatsanwaltschaft akzeptiert Urteil des Strafgerichts

Von Daniel Wahl

**Muttenz.** Der Holundergeist hat offenbar eine besänftigende Wirkung. Auch auf die Baselbieter Staatsanwaltschaft. Diese wollte in den Sommerferien noch vorsorglich das Urteil des Strafgerichts in Muttenz anfechten, mit welchem die Richterin ein älteres Paar vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung freigesprochen hatte.

Der Hintergrund: Nach jahrelangen Anmahnungen, doch die morschen Äste zurückzuschneiden, die über den Zaun in ihren Garten hingen, schritt das ältere Paar zur Tat und machte von dem Kapprecht Gebrauch. Ein Gärtner schnitt fachgerecht den Holunderstrauch zurück, der an der Schnittstelle besser blüht als je zuvor. Trotzdem verklagte die Baselbieter Staatsanwaltschaft das Paar wegen Sachbeschädigung. Und weil der Gärtner beim Schnitt auf der Leiter mit dem Bein über die Grundstücksgrenze geraten sein dürfte, erlegte die zuständige Staatsanwältin dem Paar eine Busse wegen «Luftraumverletzung», beziehungsweise wegen Hausfriedensbruchs.

## Teuerster Holunder der Schweiz

Es kam wie es kommen musste. Das Strafgericht wies den verhältnisslosen Strafbefehl ab, der von einem teuren Gutachten begleitet war. Zusammengefasst stellte das Gericht schlicht keinen Schaden fest. Und ein Hausfriedensbruch wäre im besten Fall fahrlässig erfolgt, was nicht gebüsst werden kann, so argumentierte die Richterin. Mit Anwalts- und Prozesskosten hatte aber die Staatsanwalt-

schaft den Allschwiler Holunderstrauch zum teuersten Gebüsch der Schweiz gemacht. Vollends für Kopfschütteln sorgte die Staatsanwaltschaft, weil sie vorsorglich Berufung gegen den Freispruch einlegte. Es lägen im Kanton widersprüchliche Urteile in Bezug auf das Kapprecht vor, begründete man.

Nun aber, da das Urteil schriftlich vorliegt, hat sie die Berufung zurückgezogen. «Nach Durchsicht und Prüfung des schriftlichen Entscheids kam die Staatsanwaltschaft zum Schluss, dass das Urteil inhaltlich nachvollziehbar begründet wurde, sodass auf eine Berufung verzichtet werden kann», schreibt der Kommunikationsverantwortliche Michael Lutz. Weitere Holunderkosten bleiben dem Justizapparat also erspart.



**Keine Sachbeschädigung.** Der zurückgeschnittene Holunderstrauch.

## Gschwätz



Ab und an überraschen Politiker mit Tiefgründigkeit und Demut. So sagte etwa SVP-Landrat **Paul Wenger** im Vorfeld der Landrats-sitzung vom Donnerstag im Gespräch mit Fraktionskollege Hanspeter Weibel: «Es ist keine Schande, sich zu täuschen. Ich habe mich auch schon geirrt, obwohl ich dachte, ich hätte recht.» In welchem Zusammenhang Wenger seine Weisheit an Weibel weitergab, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. jho



Die Präsidentin des Landrats, **Elisabeth Augstburger** (EVP), verkündete ebenfalls am Donnerstag der guten Ordnung halber den Rücktritt des Landschreibers

Peter Vetter und würdigte ihn mit schönen Worten. Doch die Fraktionen hatten es derart eilig, sich wegen Vetter gegenseitig aufs Dach zu geben, dass sie nach dessen Würdigung keine Zeit verplempern wollten und auf den sonst üblichen Applaus verzichteten. jho



Am Donnerstag musste man sich schliesslich im Landrat auch die Frage stellen, wie es um das Arbeitsklima im Betriebs- und Konkursamt

bestellt ist. Dessen Leiter, Landrat **Reto Tschudin** (SVP), argumentierte gegen längere Vaterschaftsurlaube für Kantonsangestellte. Diese fehlten bereits heute häufig wegen Militärdienst, Krankheit, Unfall, Zügeltagen, Familienereignissen und vielem mehr, sodass es keiner zusätzlicher 15 Vaterschafts-Urlaubstage mehr bedürfe. td

## Nachrichten

### Der Höllenritt durch die Ermitage



**Arlesheim.** Morgen findet in Arlesheim das älteste Seifenkistenrennen der Region statt. Die Strecke zwischen Schiessstand und dem Hinteren Weiher ist 778 Meter lang und gespickt mit Schikanen, wie die Organisatoren von Jungwacht/Blauring Arlesheim mitteilen. Das Bild zeigt den Sieger der letzten drei Jahre, den Brisbacher Nicola Bucher (13).

### Bedrohungen sollen besser erkannt werden

**Liestal.** Im Kanton Baselland soll das Bedrohungsmanagement gesetzlich geregelt werden. Der Landrat hat am Donnerstag in Liestal in erster Lesung die beantragte Änderung des Polizeigesetzes, des Gesundheitsgesetzes und des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung positiv aufgenommen. Dabei soll in besonderen Fällen auch eine Entbindung von der Schweigepflicht erfolgen und der Datenaustausch unter involvierten Behörden erleichtert werden. td

### Zwingen wagt den Alleingang

**Zwingen.** Die Gemeinde Zwingen wird ab dem nächsten Jahr die wirtschaftliche Sozialhilfe wieder selbstständig führen. Damit gehören dem Laufentaler Zweckverband Sozialdienst noch elf Gemeinden an.